

Rückmeldung des RP Stuttgart zur Prüfung des Antrags „Sicherer Hafen“ vom 11.02.21:

Sehr geehrter Herr Koyutürk,

auf Ihre Anfrage können wir Ihnen mitteilen, dass es für die Frage, ob sich der Gemeinderat mit der Angelegenheit befassen darf, entscheidend ist, ob der Wirkungsbereich der Gemeinde betroffen ist, d.h. ob es sich um eine Angelegenheit der örtlichen Gemeinschaft handelt. Nach der Rechtsprechung des BVerwG (Urt. v. 14.12.1990 – 7 C 37/89) sind dies diejenigen Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln oder auf sie einen spezifischen Bezug haben, die also den Gemeindegewohnern gerade als solchen gemeinsam sind, indem sie das Zusammenleben und -wohnen der Menschen in der Gemeinde betreffen. Für eine Befassungskompetenz muss die Angelegenheit daher in spezifischer Weise ortsbezogen sein.

Der Gemeinderat darf sich auch mit überörtlichen Aufgaben befassen und Stellungnahmen hierzu abgeben, solange diese einen örtlichen Bezug haben, d.h. sich auf die Gemeinde auswirken oder – in Zukunft – auswirken können (vgl. BeckOK KommR Baden-Württemberg/Brenndörfer, 4. Ed. 1.11.2018, § 34 GemO Rn. 43).

Daher kann die von Ihnen übersandte Vorlage zur Thematik „Sicherer Hafen“ im Gemeinderat behandelt werden, sofern diese einen örtlichen Bezug haben. Hier ist stets eine Einzelfallprüfung vorzunehmen, da es immer auf den konkreten Inhalt des Antrags/Beschlusses und die örtliche Situation ankommt.

Sie haben ausgeführt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kornwestheim, sowie der Gemeinderat und die Stadtverwaltung in den letzten Jahren gezeigt haben, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen, beim Integrations- und Ankommensprozess zu unterstützen und zu begleiten und, dass die Stadt Kornwestheim ein Zeichen für Menschlichkeit und Frieden setzen möchte, da die Pflicht zur Rettung von Menschen in Seenot ein Ausdruck der Menschlichkeit ist.

Ein Beschluss zur Solidarität soll nach den uns vorliegenden Unterlagen so formuliert werden, dass die Stadt Kornwestheim sich mit Menschen auf der Flucht und den Zielen der Initiative SEEBRÜCKE solidarisch erklärt und einen Beitrag zur Beendigung der humanitären Katastrophe im Mittelmeer leisten will. Sie spricht sich gegen eine Kriminalisierung der Rettung von Menschen in Seenot aus.

Vorliegend ist der geforderte örtliche Bezug unseres Erachtens gegeben und eine Befassung des Gemeinderats mit dieser Angelegenheit möglich.

Zudem soll ein Beschluss zur Transparenz gefasst werden, welcher in der Vorlage so formuliert ist: „Die unternommenen Handlungsschritte zur Gestaltung eines sicheren Hafens und der Forderung nach einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik werden transparent für die Bevölkerung dargestellt.“ Hier müsste noch der örtliche Bezug auf die Stadt Kornwestheim und deren Bürger konkretisiert werden.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Anfrage an das RP Stuttgart zur Prüfung des Antrags „Sicherer Hafen“ vom 08.02.21:

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir hatten diese Woche bzgl. der Vorlage „Sicherer Hafen“ in Kornwestheim telefoniert. Beigefügt habe ich Ihnen unsere Vorlage und die dazugehörigen Anlagen.

Die Debatte im GR ist zäh und verschiebt immer wieder. Der Vorschlag unserer Seite ist es, ein Kompromiss zu verabschieden und die Punkte Solidarität und Transparenz zu befürworten. Da sich auch schon einige Kommunen zu „sichere Häfen“ erklärt haben und wir davon ausgehen, dass es kommunalrechtlich keine Bedenken gibt, möchten wir den Auftrag vom GR nachgehen und trotzdem nochmal nachfragen.

Unsere Auffassung zu dieser Thematik lautet:

Die Stadt Kornwestheim hat in den letzten Jahren gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen, beim Integrations- und Ankommensprozess zu unterstützen und zu begleiten. Diese erfolgreiche Tradition möchten wir mit Haupt- und Ehrenamt fortführen. Daher ist die Erklärung zum „sicheren Hafen“ ein starkes Zeichen für Menschlichkeit und Frieden. Insbesondere, weil sich schon viele andere Städte solidarisiert haben und gegenüber der Bundesregierung politisch deutlich gemacht haben, dass sie die humanitären Ziele der zivilen Seenotretter*innen unterstützen.

Wir sind uns auch bewusst, dass gesetzliche Rahmenbedingungen (Landes- und Bundesrecht) gelten und wir daran gebunden sind. Es ist eine gute Tradition in Kornwestheim, dass man das Thema Integration gemeinsam trage und auch gemeinsam voranbringe. Wir möchten im GR ein hohes Einvernehmen erzeugen und nicht das Trennende, sondern das Bindende in den Vordergrund stellen. Daher wäre unser Beschlussvorschlag begrenzt auf die Punkte Solidarität und Transparenz.

Ich freue mich von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Kadir Koyutürk